

Nebriger

für Stadt und Umgegend.

Gratzbeilagen:

Wöchentlich ein illustriertes Sonntagsblatt und vierzehntägig eine landwirtschaftliche Beilage.

Amliches Organ der königlichen und sächsischen Behörden in Tebra a. M.

Ar. 97.

Tebra, Mittwoch, den 2. Dezember 1908.

21. Jahrgang.

Einzelstaaten und Finanzreform.

Von verschiedenen Seiten ist nach Bekanntgabe der Finanzreform-Maße die Besorgnis ausgesprochen worden, die einzelnen Bundesstaaten würden auf Kosten der Steuerzahler im Reich allzusehr begünstigt. Die Nord. Allg. Ztg. unternimmt es, diese Besorgnis zu widerlegen. Die Punkte, in denen die Kritik eine Begründung der Einzelstaaten findet, sind zunächst die Materialbeiträge (Beiträge zur Verwaltung des Reiches).

Bisher waren zu unterscheiden: a) Die sogenannten geborenen Materialbeiträge, d. h. solche, für welche den Einzelstaaten Ersatz in den Ueberweisungen zufloß; b) ungeborene Materialbeiträge bis zur Höhe von 40 Pf. auf die Kopf der Bevölkerung, die die Bundesstaaten an das Reich abführen mußten; c) die ungeborenen Materialbeiträge, die den Betrag von 40 Pf. auf den Kopf der Bevölkerung überstiegen, deren Erhebung zunächst ausgesetzt war und deren Zahlung von den Bundesstaaten im bevorstehenden Jahre zu erfolgen hatte, soweit nicht in den eigenen Einkommen des Reiches Deckung gefunden war.

Nach der Nord. Allg. Ztg. ändern sich die Verhältnisse wie folgt: a) Die finanzielle Beziehung der geborenen Materialbeiträge in ihrer Höhe wird verändert. Es sollen in Zukunft nicht mehr die Erträge aus den Branntweinsteuern und einer Reihe Reichssteuerabgaben, sondern der Meinertrag aus dem Zinsausband des Reiches mit Branntwein als Deckung der Materialbeiträge dienen. Dadurch ändern sich aber die Zahlungen von Reich und Einzelstaaten aneinander in keiner Weise, denn es sollen eben genau in Höhe dieses Meinertrages die geborenen Materialbeiträge ausgeschrieben werden. Der einzige Unterschied besteht darin, daß dieser Meinertrag mit zunächst 220 Mill. Mk. fixiert ist, während die bisherigen Ueberweisungen naturgemäß schwankende Erträge aufbrachten.

b) Die ungeborenen, im Laufe des Mehrjahresjahrs zahlbaren Materialbeiträge betragen selber bis zu 40 Pf. auf den Kopf der Bevölkerung. Sie sollen in Zukunft im Höchstbetrage 80 Pf. auf den Kopf der Bevölkerung ausmachen. Es kann dies also zu einer Verdoppelung der bisher von den Einzelstaaten getragenen Last führen, was einer Zahlung von zunächst rund 24, später rund 28 Mill. Mk. im Jahre gleichkommt. Für die fünf Jahre, die die Bedarfsberechnung der Reichsfinanzreform angenommen hat, bedeutet dies eine Mehrzahlung für die Einzelstaaten von rund 126 Mill. Mk. c) Endlich bleiben die ausgesetzten Materialbeiträge übrig. Es ist in der Demittistik und erneut wiederum von dem Staatssekretär des Reichsfinanzamts anerkannt, daß die Einzelstaaten formell verpflichtet sind, diese Beiträge zu leisten, soweit es sich um solche handelt, die im Zust des bevorstehenden Rechnungsjahres fällig werden. Andererseits aber besteht darüber kein Zweifel, daß bei der Finanzreform des Jahres 1908 zunächst bei den Regierungen wie bei den Vorlägen der Regierung zumfindenden Parteien die Pflicht bestanden hat, über den Betrag von 40 Pf. auf den Kopf der Bevölkerung nur in willkürlichen Ausnahmefällen herauszugeben, und daß niemand darauf gedrückt hat, den Bundesstaaten Zahlen von 100—120 Mill. Mark jährlich aufzuerlegen. Wenn die Erträge der Finanzreform von 1906 um mehr als 100 Mill. Mk. hinter den Erwartungen zurückgefallen sind, und die Materialbeiträge fällig infolge dessen über 24 Mill. Mk. über 24 Mill. Mark für 1908 z. B. im Soll auf rund 120 Mill. Mk. belaufen haben, so kommt dies eben die Notwendigkeit einer neuen gesetzlichen Regelung an Stelle des Vorjahres von 1906, deren Voraussetzungen keine Erfüllung gefunden haben.

Endlich rechtfertigt das halbamtliche Organ die Ueberführung eines Teiles der Nach- und Erbschaftsteuer an die Einzelstaaten. Die Regelung war bisher eine solche, daß die Einzelstaaten die im Jahre 1906 einbehaltenen Erbschaftsteuer erhoben und von dem Ertrage eines Drittel an das Reich abführten. Das

übrige verbleibende Drittel betrug 24 Mill. Mk., mit dem sie für die nächsten Jahre wieder rechnen durften. War der Ertrag der gesamten Erbschaftsteuer und damit auch ihres Drittels geringer, so mußte das Reich aus freien Einnahmen eine entsprechende Zahlung leisten. Außerdem blieb ihnen die Möglichkeit, die vom Reich nicht in Anspruch genommenen Erbschaften an Vermögenslosen und Erbgätern zu übertragen. Für die Zukunft enthalten die Entwürfe folgende Bestimmungen:

Die Einzelstaaten sollen die Erbschafts- und Nachlasssteuer sowie die Einnahmen erheben, die aus dem Gesetz über das Erbrecht des Staates hervorgehen werden. Sie haben sämtliche Erbschaftsteuer zu tragen. Von den Bruttoeinnahmen, die auf rund 200 Mill. Mk. alles in allem veranschlagt sind, müssen sie drei Viertel oder rund 150 Mill. Mk. an das Reich abführen. Es müssen ihnen ferner rund 50 Mill. Mk. Bruttoeinnahmen oder rund 26 Mill. Mk. mehr als bisher. Auf Grund langjähriger Berechnungen ist anzunehmen, daß ein großer Teil dieses Betrages durch die Erbschaftsteuer, die namentlich das Gesetz über das Erbrecht des Staates mit sich bringen wird, aufgebracht werden.

Aus dem Reichstage.

Der Reichstag legte am Freitag die Generalbeschlüsse über die Reichsfinanzreform auf einer Rede des Abg. Müller-Meiningen (Fr. Zp.) fest. Da er Bruttoeinnahmen und Aggregatendebit bis zu dem Ende des Jahres betrachtet, konnte er sich auf die übrigen Gelegenheitsabgaben beschränken. Er vertrat neben der Erbschaftsteuer auch die Vermögenssteuern, und bekämpfte die Erbschaftsteuer, ebenfalls die Erbschaftsteuer, nachdem Abg. Schmidt-Burg (Freisinnl.) für seine Vorleser gegen die Tabaksteuer gesprochen, nahm Abg. Wörmann (Fr. Zp.) zu mehreren Einzelheiten der Steuerordnung Stellung. Auch er erklärte sich entschieden gegen die Erbschafts- und Tabaksteuer und sprach sich für die Vermögenssteuer und die Erbschaftsteuer aus. Abg. Post (Christlich-soziall. Zp.) bekämpfte als Sachverständiger die Erbschaftsteuer, Abg. Wörmann (Fr. Zp.) sprach sich gegen die vorgeschlagenen Steuern aus und empfahl dafür Dividendensteuer, Einkommensteuer, Ausfuhrzölle auf Stoffen, Staatsmonopol etc.

Am 28. Nov. wird die erste Lesung der Reichsfinanzreform und Steuerborlagen fortgesetzt.

Abg. Erzberger (Zentrl.) führt aus: Über die Vorlagen ist ein Zweifel entgegengekommen. Würde diese abgelehnt, so würden vielleicht Sozialreform mit 4 Markt und Materialsteuer mit 200 Millionen, aber weiter nicht, sondern 400 Millionen verlangt werden. Wo bleibt dieser Wille, um nochmals, wie gerade erst vor einem Jahre der Reichsversammlung in Weimar, dem dem Zentrum sehr als Helfer in der Not eingetreten, so sollte es in geradezu mit einer vollständigen Dummheit besetzt sein. Man würde nicht wie an dem Reichstag, denn auch hier haben natürlich ein Interesse daran, daß die neuen Steuern richtig verteilt werden. Ferner vollendet weiterhin gegen Müller-Meiningen, um dann dem Schatzsekretär und dem Finanzminister einen Vorwurf daraus zu machen, daß sie unangesehen den Reichstag ihre Gewerkschaften vorziehen. Das ist unzulässig für die Arbeiter, welche es sich von selbst, daß sie einer Gewerkschaft angehören und für sie eintreten. Und wenn der Vorschlag auch als Finanzminister nicht so loyal denken mag, so sollte er es doch als Staatsminister! Und dabei treibt der Finanzminister immer nur von sozialdemokratischen Gewerkschaften, als ob es nicht auch christliche gäbe! Eine solche Art, Sozialdemokraten zu beschreiben, ist man fast nur noch von Reichsverbänden gewohnt. Weiter berichtet der Redner, die Reichsversammlung ausdrücklich. Mit Unrecht werde dem Zentrum vorgeworfen, an der Schuldverteilung der vergangenen Zeit mit beteiligt zu sein. Vor allem muß uns Bedauern über uns freigelegt werden, die Kontrolle aus förmlich gebannt werden. Die Vermögenssteuer muß in den Händen der Budgetkommission liegen, denn haben wir einen ganz anderen Vorschlag über die ganze Entscheidung, als wenn sich die Budgetkommission um die Ausführung der Budgetbeschlüsse des Reiches hinterher gar nicht mehr kümmern. Der Redner berichtet, daß der Reichstag nicht mehr einen Reichstag auslöste, der von seinem Budgetrecht Gebrauch macht. Und es darf nicht mehr vorkommen, daß eine Partei ein ministerielles Verlangen macht, wenn sie von ihrem Budgetrecht Gebrauch macht. Gehten können unsere Finanzen nur wenn der Reichstag seine Budgetmacht wie sie ihm bei Budgetrecht genügt, braucht. Der Redner weist auf die Gefahr hin, die in der Verwaltung anstehende Veränderung, besonders werden in den einzelnen das Geld zum Fenster hinausgeworfen. Der mündliche

Auch ist die Masse von Beschlüssen, die uns während 190 Millionen kosten. Es wird in unerhöhter Höhe den Reichsminister. Die Frage der Verleumdung der Offiziere muß gelöst werden. Wenn die Beschlüsse durchgeführt werden, so wird das zum Glück des Reiches sein.

Abg. Gumbel (Soz.) polemisiert gegen den Reichsminister a. Reichsbank. Der Minister kritisiert mit aller Schärfe die einzelnen Punkte vorliegen und schlägt mit der Aufforderung, der Regierung keine Gravelen zu den Wünschen des Reiches, denn schließlich lösen den Frieden und schafft ihnen damit erst die Ertragsbedingungen. Bei der nächsten Sitzung werden sich hinsichtlich die Dinge anders gestalten; trotz aller Gegenüberstellungen wird die Verhandlung kommen. Für den Sport des Herrn Abg. Erzberger über den Reich für ihn im Bankrott, denn gerade bei Sport wird im Lande keine Wirkung tun, allerdings eine andere, als die von Herrn Erzberger beabsichtigt. Die Worte des Grafen Scherzer an die Reichsminister sind als Erklärung anzusehen; sie waren nur eine Mahnung und zwar eine wohlwollende. Und ich kann mich dieser Mahnung nur anschließen. Was wird nicht alles von den Reichsministern gefordert! Zum Beispiel: Reform des preussischen Reichs! Auch ich bin durchaus für eine solche Reform. Aber nicht in diesem Zusammenhang! Nicht in Verbindung mit uns als Reichsregierung für diese Finanzreform. Doch in einer Notwendigkeit, und so ein Wille ist, wird auch ein Weg sein. Auch für die Reichsminister wird sich hinsichtlich die andere Steuerform als Ertrag bilden lassen (Mittel für Vermögenssteuer), denn, meine Herren, die Vermögenssteuer möchte ich nicht als Beitrag für die Reichsminister einführen! Für diese werden allerdings größere Formen zu wählen sein, als sie hier vorgeschlagen sind. Namentlich die Einführung bei der Tabaksteuer ist daran, daß wir schließlich nur noch Biersteuern und keine neuen Steuern mehr haben werden. Auf jeden Fall müssen wir aus der Schuldennotwendigkeit heraus. Was die Kommission über die Schuldigkeit im Hinblick auf den Reichstag, schlägt voran die Diskussion. Die Vorlagen sind an eine Kommission von 28 Mitgliedern.

Abg. Erzberger (Zentrl.) führt aus: Über die Vorlagen ist ein Zweifel entgegengekommen. Würde diese abgelehnt, so würden vielleicht Sozialreform mit 4 Markt und Materialsteuer mit 200 Millionen, aber weiter nicht, sondern 400 Millionen verlangt werden. Wo bleibt dieser Wille, um nochmals, wie gerade erst vor einem Jahre der Reichsversammlung in Weimar, dem dem Zentrum sehr als Helfer in der Not eingetreten, so sollte es in geradezu mit einer vollständigen Dummheit besetzt sein. Man würde nicht wie an dem Reichstag, denn auch hier haben natürlich ein Interesse daran, daß die neuen Steuern richtig verteilt werden. Ferner vollendet weiterhin gegen Müller-Meiningen, um dann dem Schatzsekretär und dem Finanzminister einen Vorwurf daraus zu machen, daß sie unangesehen den Reichstag ihre Gewerkschaften vorziehen. Das ist unzulässig für die Arbeiter, welche es sich von selbst, daß sie einer Gewerkschaft angehören und für sie eintreten. Und wenn der Vorschlag auch als Finanzminister nicht so loyal denken mag, so sollte er es doch als Staatsminister! Und dabei treibt der Finanzminister immer nur von sozialdemokratischen Gewerkschaften, als ob es nicht auch christliche gäbe! Eine solche Art, Sozialdemokraten zu beschreiben, ist man fast nur noch von Reichsverbänden gewohnt. Weiter berichtet der Redner, die Reichsversammlung ausdrücklich. Mit Unrecht werde dem Zentrum vorgeworfen, an der Schuldverteilung der vergangenen Zeit mit beteiligt zu sein. Vor allem muß uns Bedauern über uns freigelegt werden, die Kontrolle aus förmlich gebannt werden. Die Vermögenssteuer muß in den Händen der Budgetkommission liegen, denn haben wir einen ganz anderen Vorschlag über die ganze Entscheidung, als wenn sich die Budgetkommission um die Ausführung der Budgetbeschlüsse des Reiches hinterher gar nicht mehr kümmern. Der Redner berichtet, daß der Reichstag nicht mehr einen Reichstag auslöste, der von seinem Budgetrecht Gebrauch macht. Und es darf nicht mehr vorkommen, daß eine Partei ein ministerielles Verlangen macht, wenn sie von ihrem Budgetrecht Gebrauch macht. Gehten können unsere Finanzen nur wenn der Reichstag seine Budgetmacht wie sie ihm bei Budgetrecht genügt, braucht. Der Redner weist auf die Gefahr hin, die in der Verwaltung anstehende Veränderung, besonders werden in den einzelnen das Geld zum Fenster hinausgeworfen. Der mündliche

Abg. Erzberger (Zentrl.) führt aus: Über die Vorlagen ist ein Zweifel entgegengekommen. Würde diese abgelehnt, so würden vielleicht Sozialreform mit 4 Markt und Materialsteuer mit 200 Millionen, aber weiter nicht, sondern 400 Millionen verlangt werden. Wo bleibt dieser Wille, um nochmals, wie gerade erst vor einem Jahre der Reichsversammlung in Weimar, dem dem Zentrum sehr als Helfer in der Not eingetreten, so sollte es in geradezu mit einer vollständigen Dummheit besetzt sein. Man würde nicht wie an dem Reichstag, denn auch hier haben natürlich ein Interesse daran, daß die neuen Steuern richtig verteilt werden. Ferner vollendet weiterhin gegen Müller-Meiningen, um dann dem Schatzsekretär und dem Finanzminister einen Vorwurf daraus zu machen, daß sie unangesehen den Reichstag ihre Gewerkschaften vorziehen. Das ist unzulässig für die Arbeiter, welche es sich von selbst, daß sie einer Gewerkschaft angehören und für sie eintreten. Und wenn der Vorschlag auch als Finanzminister nicht so loyal denken mag, so sollte er es doch als Staatsminister! Und dabei treibt der Finanzminister immer nur von sozialdemokratischen Gewerkschaften, als ob es nicht auch christliche gäbe! Eine solche Art, Sozialdemokraten zu beschreiben, ist man fast nur noch von Reichsverbänden gewohnt. Weiter berichtet der Redner, die Reichsversammlung ausdrücklich. Mit Unrecht werde dem Zentrum vorgeworfen, an der Schuldverteilung der vergangenen Zeit mit beteiligt zu sein. Vor allem muß uns Bedauern über uns freigelegt werden, die Kontrolle aus förmlich gebannt werden. Die Vermögenssteuer muß in den Händen der Budgetkommission liegen, denn haben wir einen ganz anderen Vorschlag über die ganze Entscheidung, als wenn sich die Budgetkommission um die Ausführung der Budgetbeschlüsse des Reiches hinterher gar nicht mehr kümmern. Der Redner berichtet, daß der Reichstag nicht mehr einen Reichstag auslöste, der von seinem Budgetrecht Gebrauch macht. Und es darf nicht mehr vorkommen, daß eine Partei ein ministerielles Verlangen macht, wenn sie von ihrem Budgetrecht Gebrauch macht. Gehten können unsere Finanzen nur wenn der Reichstag seine Budgetmacht wie sie ihm bei Budgetrecht genügt, braucht. Der Redner weist auf die Gefahr hin, die in der Verwaltung anstehende Veränderung, besonders werden in den einzelnen das Geld zum Fenster hinausgeworfen. Der mündliche

Abg. Erzberger (Zentrl.) führt aus: Über die Vorlagen ist ein Zweifel entgegengekommen. Würde diese abgelehnt, so würden vielleicht Sozialreform mit 4 Markt und Materialsteuer mit 200 Millionen, aber weiter nicht, sondern 400 Millionen verlangt werden. Wo bleibt dieser Wille, um nochmals, wie gerade erst vor einem Jahre der Reichsversammlung in Weimar, dem dem Zentrum sehr als Helfer in der Not eingetreten, so sollte es in geradezu mit einer vollständigen Dummheit besetzt sein. Man würde nicht wie an dem Reichstag, denn auch hier haben natürlich ein Interesse daran, daß die neuen Steuern richtig verteilt werden. Ferner vollendet weiterhin gegen Müller-Meiningen, um dann dem Schatzsekretär und dem Finanzminister einen Vorwurf daraus zu machen, daß sie unangesehen den Reichstag ihre Gewerkschaften vorziehen. Das ist unzulässig für die Arbeiter, welche es sich von selbst, daß sie einer Gewerkschaft angehören und für sie eintreten. Und wenn der Vorschlag auch als Finanzminister nicht so loyal denken mag, so sollte er es doch als Staatsminister! Und dabei treibt der Finanzminister immer nur von sozialdemokratischen Gewerkschaften, als ob es nicht auch christliche gäbe! Eine solche Art, Sozialdemokraten zu beschreiben, ist man fast nur noch von Reichsverbänden gewohnt. Weiter berichtet der Redner, die Reichsversammlung ausdrücklich. Mit Unrecht werde dem Zentrum vorgeworfen, an der Schuldverteilung der vergangenen Zeit mit beteiligt zu sein. Vor allem muß uns Bedauern über uns freigelegt werden, die Kontrolle aus förmlich gebannt werden. Die Vermögenssteuer muß in den Händen der Budgetkommission liegen, denn haben wir einen ganz anderen Vorschlag über die ganze Entscheidung, als wenn sich die Budgetkommission um die Ausführung der Budgetbeschlüsse des Reiches hinterher gar nicht mehr kümmern. Der Redner berichtet, daß der Reichstag nicht mehr einen Reichstag auslöste, der von seinem Budgetrecht Gebrauch macht. Und es darf nicht mehr vorkommen, daß eine Partei ein ministerielles Verlangen macht, wenn sie von ihrem Budgetrecht Gebrauch macht. Gehten können unsere Finanzen nur wenn der Reichstag seine Budgetmacht wie sie ihm bei Budgetrecht genügt, braucht. Der Redner weist auf die Gefahr hin, die in der Verwaltung anstehende Veränderung, besonders werden in den einzelnen das Geld zum Fenster hinausgeworfen. Der mündliche

Politische Rundschau.

Deutschland.
* Wie verlautet, wird Kaiser Wilhelm, der wegen einer Erkältung das Zimmer hüten muß, bald nach seiner Wiederherstellung noch einmal einem Aufzuge bei beiden Kaiserlichen, Kaiserlich und des Militärattachés, beistehen, da die frühere Vorführung der Kaiserlichen vor dem Kaiser gescheitert ist. Das Militärattaché, das von seinem letzten Urlaub auf der Insel Hüllin wieder völlig infand gelegt ist, wird seine Abreise demnächst wieder aufnehmen.

* Wie verlautet, beabsichtigt man in Bundeskreisen zur Sicherung einer größeren Kontrolle der auswärtigen Politik den Antrag zu stellen, daß der Reichstag für auswärtige Angelegenheiten häufiger zusammenstehe.

* Am neuen Reichstag für 1909 bleibt der veranschlagte Gesamtbedarf der Militärverwaltung nicht unbedenklich hinter den Ausgaben für 1908 zurück. Die fortwährenden Ausgaben des ordentlichen Etats betragen 525 841 438 Mk. (mehr 5 338 205 Mk.), die einmaligen Ausgaben 74 842 609 Mk. (weniger 20 514 661 Mk.); im außerordentlichen Etat werden 34 260 200 Mk. (weniger 5 748 100 Mk.) verlangt, so daß im ganzen ein Mehrbedarf von rund 21 Millionen zu veranschlagen ist. — In dem Gesetzentwurf der Reichsversammlung zum Etat wird die vielfach geforderte zweijährige Dienstzeit für die Kavallerie und reitende Gebirgsmilitäre für durchführbar erklärt.

* Nachdem der schwedische Generaldirektion und dem deutschen Reichstag ein Entwurf eines Verordnungsabkommens einer Postausweiskarte getroffen worden. Die Karte wird in beiden Ländern als Legitimationskarte anerkannt werden. Die Postkarte ist neu, das bisher mit großen Schwierigkeiten verbundene Reisen in Schweden bedeutend zu erleichtern.

Inferioritätsrecht
für die einjährige Fortsetzung oder beim Raum 15 Pf., bei Brötchenangeben 10 Pf., bei Brotkrumen pro Zelle 15 Pf.
Inferiorität werden bis Dienstag und Freitag 10 Uhr angenommen.

* Die Schütztruppe für Deutsch-Schlesien soll bis zum 1. April 1909 um weitere 500 Mann verringert werden.

Österreich-Ungarn.
* Am ungarischen Reichstage fand am Ende des 60-jährigen Regierungsjubiläum Kaiser Franz Joseph eine feierliche Receptionsfeier statt. — Im Abgeordnetenhaus erklärte der Ministerpräsident, Ungarn müsse konstant der Fortschritt geben, die dem König ein langes Leben und eine lange Regentschaft beschließen habe. Der Ministerpräsident beantragte schließlich, dem König die ungeliebten Maßnahmen darzubringen. Unter dem lebhaften Beifall des ganzen Hauses wurde der Antrag mit großer Mehrheit angenommen.
* Am selben Tage wiederholten sich in Prag die Ausschreitungen der Tscheden gegen deutsche Studenten. Da aber in letzter Zeit die Polizei energischer wie bisher einschreitet, kommt es glücklicherweise zu keinem Weitergehen.

Frankreich.
* Bei einem in Paris veranstalteten Essen der Abgeordnetenkommission des deutsch-französischen Handelskomitees wies der den Vorsitz führende Deputierter und früherer Minister Audin darauf hin, daß die Arbeit des Komitees, die darauf abzielt, den Markt durch Befreiung betragsreicher Handelswaren zu öffnen, dazu beitragen, die französischen und die deutsche Nation einander zu nähern zum allgemeinen Wohlfahrt und zum Nutzen der Menschheit.

England.
* Die Unterhausliche Sachverhalte ist vom Unterhaus in zweiter Sitzung mit 323 gegen 157 Stimmen angenommen worden.

Italien.
* Infolge des Streites zwischen italienischen und österreichischen Studenten an der Wiener Universität kam es vor einigen Tagen in Rom zu einer Volksversammlung. Dabei konnte, trotz der polizeilichen Maßnahmen, ein Streik ausgerufen werden. Die italienische Regierung hat deshalb dem österreichischen Konsul in Rom die Befugnisse der Polizei in der Stadt abgenommen. Die italienische Regierung hat deshalb dem österreichischen Konsul in Rom die Befugnisse der Polizei in der Stadt abgenommen. Die italienische Regierung hat deshalb dem österreichischen Konsul in Rom die Befugnisse der Polizei in der Stadt abgenommen.

Amerika.
* Die Revolution auf Haiti hat den Präsidenten der Republik Nordamerika dazu geführt, eine wahre Schreckensherrschaft einzuführen. Wer immer nur in den Reichsbereich gerät, mit den Reichsbehörden zusammen, wird erschossen. Die Zahl der Hinrichtungen wird als ungeheuer bezeichnet. Das Gerücht, die Ver. Staaten beabsichtigen eine Expedition, behält sich nicht. Die Regierung hat zwar einen Kreuzer nach Haiti beordert, aber nur um zweifelhafte Nachrichten über die Aufstandsbevölkerung zu sammeln.

Argentinien.
* Nach einer Meldung aus Bahai ist Mulay Mohamed, der Bruder des neuen Sultans von Marokko, auf dem Wege nach Fez von den Stämmen des Schahingebietes zum Tode ausgerufen worden. Das bedeutet eine neue Unruheherrschaft von französischer Seite, um dieses Gebiet nicht räumen zu müssen.

Verkehrswirtschaft in Amerika.
Kann hat sich die gewaltige Aufregung über das kurzfristige Unfälle in Westfalen etwas gelegt hat, das mit dem Tode von Humbert von der Bergleue über zahlreiche Familien unglückliches Glend gebracht, kommt jetzt über den Grund die Kunde von einem elementaren Ereignis, das nicht weniger entsetzlich verurteilt ist als die unheimliche Katastrophe auf der See. Die der Württemberg-Buffalo-Kohlenbergwerksgesellschaft gehörende Mine in Mariani (Pennsylvania) wurde durch die ganze Welt in Brand gesetzt, und fast die ganze Bevölkerung von 30 Mann ist durch Giftgas ums Leben gekommen.

Das Arbeitskammergesetz.
Der neue Entwurf eines Arbeitskammergesetzes bestimmt, daß für die Arbeitgeber und

lassen. Daselbe trat ein, wenn hat das Matrosen, diesen man sich sonst zu behelmen pflegt, ein andres, wenn man sich nicht wie 3. u. eine Maline. Der andre Mangardorfer wurde von dem Tiere sofort mangardorfer und die Speiselausforderung hörte fort auf.

Aus der Woche.

Berlin, am 21. November 1908.

Der englische Feldmarschall Roberts, der Oberwinder der Buren und der „Ehren des Jähns“, hat im Oberhause der Lords einen interessanten Vortrag gehalten über die Möglichkeit eines feindlichen Einfalls in England. Was aber die Ausführungen des großen Feldmarschalls mit über das erhol, was in letzter Zeit in vieler Art geschrieben und gesprochen worden ist, das ist die unbedingte Offenheit, mit der Lord Roberts von Deutschland als von jenem zu fürchtenden Feinde sprach, der eines Tages Englands Heiligkeit tönen könnte. Die Dinge haben sich nicht geändert. Vor mehreren Jahren war es Frankreich, das am Rheinland fürchtete — heute ist es Deutschland. Aber in Wahrheit ist man ja jenseit des Kanals gar nicht so feindselig, wie man tut. Hier oder mußte ein großer Schaden vor dem Lande, so vor der ganzen Welt eine Schand- und erzählen, weil das ist das wahre Gesicht der Sache — König Edward für England die allgemeine Wehrpflicht erstreckt. Frankreich will aus dem freundschaftlichen Verhältnis mit England ein Bündnis machen, wenn das Frankreich über eine nach schließlichen Waffen geschickt und organisierte Armee verfügt. Und kann es im letzten Grunde gleich sein, wie England seine Wehrübung ausbaut, oder freuen dürfen wir uns, daß der deutsche Vertreter auf der letzten Friedenskonferenz im Haag nicht nur die Gedanken der Wehrübung gemessen lassen, in einem Augenblick, wo es immer klarer wird, daß die auf die Einheit der Nation gestützte Armee Schutz und Schirm für die Heimat ist. Was die Frage ist, liegt es eine Welt in Waffen, und tumbernd und nicht in Waffen, das ist kein Welt, in Nord und Süd, um die Welt wehrfähig und freisichtig zu machen. Spanien baut seine Flotte aus, Frankreich seine Flotte und Artillerie, Rußland seine Armee und seine Flotte und sogar Schweden, Norwegen, Holland und Belgien reorganisieren ihre Wehrkraft. Von keinem Lande behauptet man in England, es bedrohe England. Deutschland aber ist nach englischen Begriffen nur geworden, um das Inselreich zu bedrohen, seine Schutzwand zu können und ihm auf allen Gebieten Konstruktions zu machen. Niemand, das ist kein gerade die schließlich ruhig geführten Debatte der letzten Lage gesagt, wird England feind (am sich verständliche und gelinde) Gesicht aufgeben. Darum heißt es für uns: wachsam sein. Wir wollen nicht wieder, daß unser Land durch Land dampfen, aber Sorge tragen, daß auch unter Klaffen von feines Feindes Fuß treten werden können. — In Frankreich ist in der letzten Zeit manch freundschaftliches Wort über Deutschland geschrieben worden, aber wir hören doch immer wieder, daß unser Land durch den Groll noch nicht nachgelassen hat. Gerade im französischen Parlament fallen häufig Äußerungen, die uns zeigen, daß Frankreich seine heraldische Verlobung will. Das hat sich besonders deutlich während der Verhandlungen über den Coblenz-Vertrag im Jahr 1900 Mann nach England einem Schiedsgericht übergeben worden ist. Auf dem Balkan ist die Lage immer noch unangenehm. Serben und Montenegro, die bekannten, mit dem Sultan der Türkei im Bündnis zu sein, legen ihre Ansprüche eifrig fort und stellen, unter unglücklichen Umständen, Wunden aus, die bei der nächsten Gelegenheit in Mazedonien einfallen sollen. Wie die Welt wohl längst gewohnt hat, daß das freundschaftliche Verhältnis der Dummheit des Geld zu seinen Leistungen von England besogen. Warum auch nicht. Wenn einstens auf dem Balkan die Häuser aufeinanderlagern (später oder früher wird das zur einzigen Lösung der Balkanfrage), wird

Onkel Edward oder der in seiner Schule erogene Pfahlführer sicher als Vertreter eine Stellung präsentieren, deren Bedeutung ein gut Stück des Orients verfestigen wird. Die einzige Frage ist eigentlich nur, auf wie lange Zeit der Balkanfrage auf der bevorstehenden Konferenz zusammengeleitet werden wird. — Wie England auf dem Balkan, so hat sich Rußland in Berlin ein Gesicht zum Bereiche einer bewegten Hintergründigkeit geföhrt. Es hat den Schach bereit „gefahr“, daß es es nagen konnte, die von seinem Vater gegebene Verfassung einfach wieder aufzuheben. Der Öffentlichkeit gegenüber hat Rußland die Begründung für diesen Schritt des Schachs abgelehnt und in einer Note erneut die Einberufung eines Parla-

Corpus Constitutionum Marchiarum“ findet sich „de dato Berlin, den 7. April 1920“ ein „Schritt wegen des von den Marchanten und Spieltheater bei der Weis-Gasse auf gelegenen Platzes“. Dem König Friedrich Wilhelm I. von Preußen hatte sich, aus besonderen Ursachen allergnädigst entschlossen, alle und jede sowohl in Städten als auf dem platten Lande wohnende Marchanten und Spieltheater wie sie auch Namen haben mögen, und ohne Unterschied der Instrumente, auf ein gewisses Platzgebäude setzen zu lassen. Sie müssen „jedemal bei der auf Holzgelenk, Kindtaufen, Ehrenmahlen, Festen, und zum Tanz oder sonstigen auf Laubbau mit der Musik aufwarten wollen, zuvor von der Weis-Gasse einen getempelten Beutel, der

an den Kirchen städtischen Patronats erzählt, noch mit Recht an. Und gewiß dürfte die Festungen der Berliner Stadtmauer, z. B. in den neunziger Jahren des Jahres, anders geformt genug gewesen sein, da sie unter der Leitung eines Weilers (Johann Christian Dusch) standen, der die Not seiner wirtschaftlichen Lage zu verlegen, zusammen mit einer Frau, zum Brautmannschaft geist. „Im Jahre 1816 als nicht als Spieltheater wählten den Feiler; Gericht und Hof, die Festnahmen das städtische Gefäß, Nebenbediente fallen nicht mehr ab, der Weiler (Geführer) muß unverschämter Sache wieder abgeben, weil er außer den Instrumenten nichts im Hause findet. Die Cultores der „Musik“ mußten sich „mit Sorgen der Nahrung“ quälen; wir können danach nicht annehmen, daß in Berlin die Musik „fortieren“ konnte.

Bilder von der ungarisch-serbischen Grenze.



Eine österreichische Grenzpatrouille beim Abkochen

Serbische Reservisten, die sich zum Eintritt in die Armeen melden.

ments geordnet; aber zugleich sind russische Offiziere zum Kampf gegen jene Männer im Nordwesten des Reiches ausgesendet, die mit dem Schwerte in der Hand die Verfassung verteidigen wollen. Auch hier also ist nicht von jenem großen Friedensgedanken zu reden, der nach den Diplomatenreden unserer Tage zu urteilen, die Welt beherrschen soll. — Schimmer noch nicht es im fernsten Osten aus. Immer dunkler werden die Beziehungen zwischen Japan und China um die Borderstadt in Wien. Und am Golf von Persien, wie im Osten von Jochama kühnen sich alle Schutzwand zu, daß der gelbe Mann sich mit seinen Waffengehilfen bis zur Vermeidung kämpfen müsse, ehe er den Antarkt der weiten Welt des Ozeans abzuwehren kann.

nur einen Tag gültig ist, nach dem dem Commissario losgetreten und uns allergnädigst approbierten Tage lösen, ehe aber mit der Platz sich nicht lösen lassen, aber in Entlassung dessen das erste Mal in 8 Jahre erlassen werden sollen, und das zweite Mal mit der Platz weiter aufzuwarten ihnen gütlich unterlag und vorüber sein soll. Diese Steuer befahl sich in einem Falle, wie wir aus einer Angabe ersehen, bei einem Einkommen von 100 bis 200 Talern, d. h. über 5 Prozent. Aber nur eine Klasse, der Militanten, die Stadtsteuer, waren zu dieser Abgabe verpflichtet. Die „Concerts de Musique“ vornehmlicher Künstler und die niedere Biermarkt, in Wien-Schotten der Städte oder in den aus den Städten aber stammenden verlegten Schatzungen in „Dorfen“ waren von der Abgabe des „Nahrungs-Geldes“ befreit. Und das wirtschaftliche Lage der Stadtsteuer bei der Unvollständigkeit und Spartenbesitz Friedrich Wilhelms I. schon an sich nicht besonders günstig gewesen sein wird, nimmt die zum Schatz in einer solchen ordentlichen Musikstadt der Stadt Berlin bis zum Jahre 1800, die uns von den Stadtverordneten, Kantoren und Organisten

Friedrich Wilhelms I. Musiksteuer.

In unsern Tagen der Reichsfinanzreform und der Suche nach zweckmäßigen Steuerquellen, hat der es auch an den Vordring der Kulturfortschritt nicht fehlt, wird der Hinweis auf einen Vorläufer vieler der von Steuern gewis einiges Interesse finden. In Rußlands

du dich wie ein unglücklicher Schächer auf Groß und Klein lagert; das verpicht wenig für die Zukunft!

Robert sprach auf; er hielt nicht eine einzelne Schiffschiff, sondern die ganze Flotte in der Hand, welche er im Laufe des Krieges mit der Wuzel ausgeben hatte.

„Ich bin frei, Leonard!“ lautete er dem älteren Geschwister entgegen, ohne sich um den Tadel zu kümmern, der in seinen Worten gollgen. „Frei, frei! Ich vermag die Wonne dieses Gedankens noch nicht zu fassen!“ Er drückte die Augenlider an seine Lippen und lag deren süßen Duft heftig ein; in der Schwärze des Augenlichts war das Symbol der Freiheit.

Leonard stude die Augen und betrachtete mit halb mißbilligendem, halb höhnlichem Blick den jungen Mann, der wegen Weines und gewaltigen Diebstahls sieben eine dreijährige Zuchthausstrafe überhanden hatte und nun eine Bewährungsfrist erhalten hatte. Das bewies dem Weinstenner — und ein solcher war Leonard — daß er für das Leben noch lange nicht „fertig“ war; er bedurfte noch der Leitung, der Unterweisung.

Robert war ein schöner, kräftiger junger Mann; die Augenlider seiner Gesichtszüge nahm vorweg für ihn ein; das Auge seiner Augen war herrlich, sein blondes Haar konnte seiner Anmutigkeit gewandt werden, selbst jetzt, wo es, nach der in Zuchthaus herrschenden Sitte, kurz geschritten war.

ihm bei seiner Entlassung aus dem Zuchthaus nun wiedergegeben hätte. Aber er war in seiner irrenden Jugendzeit, trotz seiner dreijährigen Haft, ein starkes Mädchen, die Kräfte hatten ihm nicht mehr nachgelassen; der an den Wangen und auf der Oberlippe sich drückende blonde Bart war nicht gepflegt, und doch konnte alle diese kleinen Nachlässigkeiten in der äußeren Erscheinung Roberts große, männliche Schönheit nicht vermindern.

„Frei!“ lautete Leonard langsam und nachdrucksvoll. „Wir sind frei, gewiß! Aber nun?“ Robert erbeute. „Aber nun?“ Das war eine schmerzliche Frage, die ihm seine augenblickliche Lage, den Gedanken an die Zukunft, bloß für die Augen führte. Mit dieser Gedanken war sein Freundensinn über die wiederlangte Freiheit mit einem Male verfliegen.

Er senkte und schluderte die Schiffschiffen weit von sich fort; seine Wut war dahin und damit hatte die Freilassung seinen Wert für ihn verloren.

„Was nun?“ wiederholte er halbtönen die Worte seines Geschwisters, „ja, was nun?“ Seine Vergangenheit lautete in der Erinnerung vor ihm auf. Er war der einzige Sohn eines braven kleinen Beamten und hatte von 10 Jahren an in der Schule, in der Schule lernt er die glänzendsten Etappen und seine Eltern, deren Stolz und Freude er war, bestimmten, daß er Kaufmann werden sollte. Sein Vater, der biedere Kammerherrn Wendt, hatte zu sehr das Schwere und Abhängige des Beamtenwesens kennen gelernt, als daß er nicht den Wunsch gehabt haben sollte, seinen einzigen

Gemeinnütziges.

Wann erkennt man das Alter der Gänge? Wenn man das Gefieder einer Gans unterlegt, findet man oben auf dem Rücken und etwas fernwärts gegen die Spitze, wo sich die größte Schwungfeder an den Rippen anschließt, zwei kleine spitze, scharfe, sehr harte und feststehende Federn. Auf der größeren derselben zeigt sich, wenn die Gans ein Jahr alt ist, ein kleiner Einchnitt (Kerbe). Dieser Einchnitt findet sich an der äußersten Spitze der Feder. Jedes Jahr bildet sich ein neuer Einchnitt. So viele Einchnitte vorhanden sind, so viele Jahre alt ist also die Gans.

Seidene Spigen zu waschen. Man nimmt zwei Liter Spiritus, 125 Gramm Soda sowie 125 Gramm feinstes Seife und läßt diese Mischung in der Wärme unter fortwährendem Umrühren gesehen. Sobald die Flüssigkeit fast gebrochen ist, taucht man ein sauberes, wollenes Tuch in dieselbe und reibt die Wenden, die man zuvor glatt auf einen Tisch ausgedrückt hat, genau nach dem Strich damit, heißt sie fähig als mit Seife und wäscht sie dann. Beim Abgeln bedecke man sie mit einem feinen Tuche, damit sie durch das Gießen nicht leiden.

Buntes Allerlei.

Was sind die alten Faler wert? Auf diese Frage gibt ein Fachmann die folgende Auskunft. Das Feinfilber steht nach heutigem Kurs auf 69,50 Mt. pro Kilogramm und da der Faler nur 900-1000 fein ist, so macht das 62,55 Mt. pro Kilogramm. Das Gewicht des Falers beträgt 15 Gramm und daher ist der Wert dieser Ingwischen aus dem Kurs gezogenen Menge nur 1 Mt. 12 Pf.

Coz kleine Weisheiten. In Paris entfallen auf 100 000 Personen, die keinen regelmäßigen Beruf haben, 28 000 gemeingefährliche Individuen, die zum größten Teil nur von einem gelegentlichen Nothde nicht zu rückzuführen.

Wutertorgan. Des Städtens großer Sohn kam nach mehrjährigen Kriegerjahren heim zu seiner Mutter. Die Helmschen, die von seinen feilschaftlichen Künstlerkünsten und finanziellen Größten berüchtelt, waren in seiner Vaterstadt einige Jahre worden, und so kam es, daß ihn ein Dutzend von Weibern und Weiberinnen am Bahnhof erwartete. Aber als nun der Zug eintraf und der lang erwartete Söhner bemerkte, die eilfertig, da machte alles einer einfachen Frau Platz, die ihm Muttertöchtergenossen entgegenzutreten. Blüthig jedoch blieb sie stehen und karrte ihn entgegengerannt. Dann fiel sie ihm laut schluchzend um den Hals. „Mein, mein armer, armer Junge!“ rief sie weinend aus. „Er habe auch doch alle gesagt, es ginge dir da draußen so gut und du verdestest so viel Geld. Und nun, mein armes Kind!“ — „Aber was gibst du dem Mutter?“ fragte betreten der Sohn. „Warum Mutter?“ fuhr sie ihm entgegen. „Du bist ja, wie du gütlicher, der nicht einmal so viel Geld verdienen kann, um dir die Haare schneiden zu lassen.“

Sohn davor zu beharren. „Ein tüchtiger Kaufmann ist ein Mann in seinem Hause!“ Das war der Ausspruch des alten Vaters! Gemessen, als er seinen Sohn zu einem Geschäftsmann in die Lehre brachte, Roberts Bericht entpand den Vorzügen seines Vaters; in seinem fünfzehnten Jahre war er schon ein so tüchtiger Herrsche, daß ihn jedermann für einen Jüngling von gewöhnlicher Jugend hielt. Er spielte schon während seiner Lehrgang in gewissen Kreisen, wegen seines hübschen Aussehens, eine Rolle und war bald in zweifelhaften Lokalen ein gern gesehener Gast.

Um die hiermit verbundenen Ausgaben zu decken, befaßt er die ihm anderwärts Portofolios seines Vaters und verlor mit großer Schamhaftigkeit die Einberufung seiner Diener zu verbinden. Nach beendeter Lehrgang trat er als Kaffierer in ein großes Geschäft. Seine hohe Persönlichkeit, seine gewandten Manieren waren ihm ein gutes Empfehlungsbrevet gewesen.

Aber mit der Zeit wuchsen — durch die Verbindungen in der Welt angefaßt — seine Lebensbedürfnisse, vermehrten sich seine Ansprüche. Er erdachte einen Einbruch in das stauffen-gewöhnliche des Bankiers, um eine Unterfaltung von 5000 Thaler zu beschaffen und leitete in der Unterfaltung einen falschen Brief, um den Bestand von sich abzulenken. Aber alles wurde entdeckt und Robert Wendt zu einer dreijährigen Zuchthausstrafe verurteilt.

(Fortsetzung folgt.)

